



Pressecommuniqué FORUM Meiringen

zu den Abstimmungen auf eidgenössischer Ebene vom 28. November 2021

Untenstehend erhalten Sie unsere an der am 8. November durchgeführten Plenumsversammlung verabschiedeten Abstimmungsempfehlungen unserer politischen Gruppierung in Meiringen. Wie üblich erhalten Sie weiter zu allen Vorlagen noch ein paar Gedanken und Argumente.

Eidgenössische Vorlagen – wir empfehlen

JA zur Pflegeinitiative

- Es ist eine Tatsache, die allseits unbestritten ist, dass es in unserem Gesundheitswesen an Pflegepersonal mangelt.
- Dieser Pflegepersonalmangel wird heute nur durch zahlenmässig wesentliche Anstellungen von ausländischem Pflegepersonal (das dann in ihren Ländern fehlt) etwas gedämpft. Dies kann definitiv nicht die Lösung sein.
- Ein Hauptproblem besteht darin, dass jährlich aktuell viel zu wenig Pflegepersonal ausgebildet wird (ca. nur 50% des Bedarfs).
- Momentan sind 11'000 Stellen in der Pflege derzeit unbesetzt und bis 2029 werden 70'000 zusätzliche Pflegekräfte benötigt. 4 von 10 Pflegenden verlassen heute frühzeitig ihren Beruf.
- Auch der indirekte Gegenvorschlag des Parlaments anerkennt diesen Mangel und will wie die Initiative die Ausbildungskapazitäten ebenfalls stark erhöhen.
- Die Pflegeinitiative sieht jedoch zusätzlich vor, die Rahmenbedingungen (Löhne, geregelte Arbeitszeiten, Zeitdruck wegen ständigem Spardruck, Familienfreundlichkeit etc.) wesentlich zu verbessern (Attraktivitätserhöhung der Pflegeberufe). Damit erreichen wir auch eine Qualitätssteigerung und generell eine bessere Patientensicherheit.
- Nur damit werden die Anstrengungen und Investitionen im Bereich Ausbildungskapazitätserhöhung nachhaltig zum Tragen kommen.
- Da der indirekte Gegenvorschlag nur den Bereich der Ausbildungsförderung beinhaltet, sagen wir **einstimmig „JA“ zur Pflegeinitiative.**

STIMMFREIGABE zur Justiz-Initiative

- Das heutige Wahlsystem hat wie das vorgeschlagene Losverfahrenssystem seine Vor- und Nachteile.
- Die bisherige freiwillige Proporzwahl nach Parteienstärke hat sich einigermaßen bewährt, mit dem Nachteil, der Verbindung aller Bundesrichter*innen zu ihrer Partei, die sich allerdings bei der Rechtsprechung im Normalfall kaum markant auswirkt.
- Der Proporz hat zudem den Vorteil, dass die ganze Breite an Weltanschauungen, Regionen und Geschlechtern am Gericht angemessen vertreten ist.
- Das neu vorgeschlagene System besticht durch die Loslösung von einer Parteienwahl und dem Vorschlag einer politisch unabhängigen Fachkommission.
- Die vorgeschlagene Amtsdauer ohne Wiederwahl bis maximal 5 Jahre nach dem Pensionsalter wurde im Plenum kontrovers diskutiert.

JA zur Änderung vom 19. März 2021 des Covid-19-Gesetzes

- Das Total aller Einschränkungen wird mit dem Covid-Gesetz minimiert.
- Es ermöglicht den Behörden, mit geeigneten und verhältnismässigen Massnahmen die Pandemie zu bewältigen.
- Das Gesetz ist durch das Parlament demokratisch abgesegnet.
- Durch das Gesetz wird weder die Macht des Bundesrates ausgebaut noch ist es die Grundlage für eine elektronische Massenüberwachung, wie die Gegner des Gesetzes behaupten.
- Der Datenschutz beim Contact-Tracing sowie bei dem Covid-Zertifikat sind sehr datenschutzfreundlich.
- Bei einem Nein zu diesem Gesetz würden verschiedene Unterstützungsmassnahmen wie wirtschaftliche Unterstützung für Kulturschaffende sowie der Schutzschirm für Veranstaltungen auf dem Spiel stehen.
- Aber dass die ganze Situation mit der Pandemie die Gesellschaft mehr und mehr spaltet und dies auch ein ernstzunehmendes Problem darstellt, wurde im Plenum ebenfalls diskutiert.

FORUM Meiringen, 12. November 2021